

HNA HOG 30.9.14

# Ärger über 60-Jahres-Plan

## Reaktionen von der Oberweser zur Einigung zwischen dem Land und K + S

**OBERWESER.** Die Kehrtwende von der Kehrtwende in Sachen Salz hat am Montag für Entrüstung in der Nordspitze gesorgt: Bürgerinitiativen kritisierten die hessische Landesregierung, die sich nun mit dem Kasseler Düngemittelhersteller K+S auf eine Salzpipeline zur Oberweser festgelegt hat.

Dass das Unternehmen und Umweltministerin Priska Hinz von einer „dauerhaften Lösung für Salzabwasserproblematik in Werra und Oberweser“ sprachen, empfanden viele Aktivisten als Hohn.

„Ich habe Probleme, die Hessische Umweltministerin noch ernst zu nehmen“, sagte Klaus Becker aus Gieselwerder. Die selbe Frau, die Pipe-

lines kürzlich für unwirtschaftlich und nicht zumutbar erklärt hatte, zaubere nun einen Vier-Stufen-Plan aus der Tasche. Sie habe die Öffentlichkeit offenbar in die Irre geführt. Becker wirft zudem die Frage auf, ob eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen K+S und dem Land EU-Recht aushebeln könne. Zudem sei die jahrelange Arbeit des Runden Tisches ad absurdum geführt worden.

Der Verein Pro Märchenland will den Kampf für den Einsatz einer rückstandsfreien Produktion nicht aufgeben. Man fordere auch den sofortigen Stopp der Verpressung der Abwässer in den Untergrund. „Beschlossen ist diese Variante mit der CDU und

dem Bündnis K+S/Die Grünen, diese Rechnung haben sie aber ohne uns Bürger gemacht“, sagt Oliver Penner.

Fassungslos hat die Bürgerinitiative Oberweser-Bramwald die Nachricht aufgenommen: „Noch vor wenigen Tagen hat sich die Hessische Umweltministerin vehement gegen die Nordsee- und Oberweserpipeline ausgesprochen“, sagt Vorsitzende Gabriele Niehaus-Uebel. Offensichtlich habe die Ministerin nun endgültig dem Druck der K+S AG nachgegeben und erklärt damit ihre „Grünen-Politik“ als gescheitert. „Die Zerstörung des Werra-Weser-Flusssystemes wird damit immer mit dem Namen von Frau Priska Hinz verbunden sein.“ Die Wasser-

qualität von Werra und Weser betreffe alle Anrainerländer. Es sei fraglich, wo hier eine Abstimmung mit den Bundesländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen stattgefunden hat.

Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz spricht spöttisch von einem „60-Jahres-Plan“ der Umweltministerin. Die Macht der K+S AG über die grüne Umweltministerin ende aber an der Landesgrenze. Die Unterliegerländer hätten jetzt die Verantwortung für Werra und Weser und die Möglichkeit, für die zielgerechte Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu sorgen, so Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz. (gör)